

Frauen machen mobil für gleiche Löhne

Equal Pay Day Standaktion in Baden, Demonstration in Bern und Frauenbilder-Kampagne von SP-Nationalrätin Yvonne Feri

VON FABIAN HÄGLER

Die letzten drei Tage standen in der Schweiz ganz im Zeichen der Frau: Am Samstag trafen sich Tausende in Bern zur Demo für Lohngleichheit, am Sonntag war internationaler Frauentag, gestern Montag dann Equal Pay Day. «Schon wieder müssen Frauen in der Schweiz bis im März arbeiten, um gleich viel zu verdienen wie die Männer bis zum 31. Dezember des Vorjahrs», hält Katharina Kerr fest, Präsidentin beim Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) Aargau.

Bereits am Samstag wurde dies bei der Demonstration in Bern kritisiert. Mit einem Extrazug waren auch Mitglieder des Vereins frauenaargau in die Bundesstadt gereist. Connie Fauver (Grüne), Co-Präsidentin des Vereins, hält fest: «Es braucht die Lohngleichheit, und zwar jetzt.» Obwohl diese seit 1981 in der Verfassung steht, verdienen Frauen laut Fauver nach wie vor knapp 20 Prozent weniger als ihre Kollegen.

Standaktion für Lohngleichheit

Bei einer Standaktion gestern Montag in Baden setzte sich frauenaargau für die Lohngleichheit ein. «Das Interesse war sehr gross, wir haben noch vor dem Mittag 400 Taschen mit Informationsmaterial verteilt», sagt Fauver. Sie kennt keinen Fall einer Lohnklage und kann auch kein konkretes Beispiel nennen, wie viel weniger eine Frau im gleichen Job verdient wie ein Mann. «Aber auch wenn man die erklärbaren Faktoren herausrechnet, bleibt ein Unterschied von 7 bis 8 Prozent zwischen den Geschlechtern, und das ist diskriminierend.» Dies sei schon beim ersten Lohn beim Berufseinstieg der Fall, sagt Fauver. «Natürlich müssen Frauen lernen, ihre Lohnforderungen selbstbewusster zu stellen, aber wenn der Unterschied als gegeben akzeptiert wird, geht das nicht.»

Für Klagen braucht es viel Mut

Auch der VPOD unterstützt laut Mitteilung die Forderungen zum Equal Pay Day und ruft die privaten und öffentlichen Unternehmen auf, «endlich für Lohngleichheit für

FRAUENBILDER



Yvonne Feri, Nationalrätin und Präsidentin der SP Frauen Schweiz, hat zum Frauentag eine Aktion lanciert. Unter dem Hashtag #frauenbilder können User auf Facebook und Twitter weibliche Vorbilder posten. «Frauen leisten viel, dies wird aber gesellschaftlich nicht anerkannt», sagt sie. Feri zeigt im Bundeshaus ein Blatt mit Iris von Roten als Vorbild. Die 1990 verstorbene von Roten wurde 1958 mit dem Buch «Frauen im Laufgitter» bekannt, in dem sie die völlige Gleichstellung forderte. Feri: «Ich habe Iris von Roten gewählt, weil sie bereits vor Jahrzehnten Forderungen aufstellte, die noch heute Gültigkeit haben.»

Frau und Mann zu sorgen». Bis dies erreicht sei, werde sich der VPOD weiter mit gerichtlichen Mitteln gegen Lohnungleichheit einsetzen und gesetzgeberische Massnahmen für Lohngleichheit unterstützen.

Doch wie sieht die aktuelle Situation im Aargau aus? Katharina Kerr sagt: «In jenen Bereichen, für die unser Verband zuständig ist, sind mir keine Lohnklagen bekannt.» Das heisse aber nicht, dass die Forderungen der Frauenorganisationen erfüllt seien. Grösser als im öffentlichen Bereich sei das Problem aber in der Privatwirtschaft: «Der Grund ist immer der gleiche: Mann will sparen.»

Dass es kaum zu Lohnklagen komme, hat laut Kerr einen einfachen Grund. «Das Problem ist immer dasselbe: Es braucht Mut, vor allem in Zeiten des Personalstopps.» Der VPOD unterstütze solche Klagen, wenn sie gerechtfertigt seien, zum Beispiel, wenn die Gleichstellungspflicht verletzt werde.

Verbesserung im öffentlichen Dienst

Im Aargauer Service public setzte sich der VPOD vor 15 Jahren für eine Arbeitsplatzbewertung ein, welche die Lohngleichheit fördert. Damals ging es um ein neues Lohnsystem namens «Abakaba», dies im Zusammenhang mit dem Personalgesetz. Dieses wurde übernommen, aber von der Regierung abgeschwächt. «Die für Frauenarbeit wichtigen Kriterien wie psychische Belastbarkeit wurden abgeschwächt - aus Spargründen», sagt Kerr rückblickend. Der VPOD habe damals etliche Mitglieder beraten und vertreten, zu Lohnklagen sei es aber nicht gekommen. «Dies auch, weil politisch Druck ausgeübt und nachgebessert wurde.»

Lohnklagen gab es hingegen im Bildungsbereich: jene der Kindergärtnerinnen wurde vom Verwaltungsgericht gutgeheissen, jene der Primarlehrpersonen abgewiesen. In beiden Fällen hatte der Lehrerverband argumentiert, die Löhne für diese typischen Frauenberufe seien im Vergleich zu ähnlichen Verwaltungsjobs zu niedrig. Für die Kindergärtnerinnen überarbeitet der Kanton nun die Lohnstufungen, die Primarlehrer-Löhne wird das Bundesgericht festlegen.



Pendlerabzug kürzen

Die Grünen wollen die Pendler stärker zur Kasse bitten. Künftig soll man nur noch Pendlerkosten bis 6000 Franken von den Steuern abziehen können.



Grundstücke neu schätzen

Die GLP will sämtliche Grundstücke im Kanton neu schätzen lassen - viele seien heute deutlich mehr wert als bei der letzten Schätzung.

Gesamtpaket der die Hand gespielt



Thierry Burkart.

dung enthalten sind, sei das Risiko umso grösser, dass sie an einer Kumulation der Gegnerschaft scheitern. Er wolle gar nicht behaupten, dass alle Sparmassnahmen eine Mehrheit gefunden hätten, wenn sie in Einzelvorlagen präsentiert worden wären, so Burkart. Dass aber nicht alle verworfen worden wären, da ist er sich ziemlich sicher. Und vor allem: So hätte die Linke dann auch keine Gelegenheit bekommen, die - seiner Meinung nach falsche - Interpretation zu verbreiten, das Abstimmungsergebnis sei als grundsätzliches Verdikt gegen die Finanzpolitik von Regierung und Parlament zu deuten.

In Einzelvorlagen aufgeteilt wären die Sparmassnahmen eher mehrheitsfähig gewesen, glaubt auch SVP-Grossrat Pascal Furer. Er habe das als Präsident der Kommission Aufgabenplanung und Finanzen auch zur Sprache gebracht, aber gegen den Willen der Regierung habe halt niemand so richtig auf die Variante einsteigen wollen. Dass es nun nicht zuletzt wegen seiner Partei zu einem deutlichen Nein kam, will Furer gar nicht bestreiten. Die SVP hatte im Parlament den grösseren Teil der zur Abstimmung gelangenden Massnahmen (jene, die keine echten Einsparungen, sondern Mehreinnahmen

bzw. Kostenabwälzungen gewesen wären) bekämpft. Man habe keinen Hehl daraus gemacht, dass man der Vorlage mit wenig Begeisterung zustimme, so Furer. Und so hätten dann sicher viele SVP-Anhänger Nein gestimmt, wie die Resultate gerade aus ländlichen Gegenden zu belegen scheinen, wo die SVP besonders stark ist. Dennoch sieht Furer deswegen keineswegs seine Partei in der Verantwortung für eine mögliche Missdeutung des Volkswillens. Gekrankt habe das Sparpaket grundsätzlich daran, dass die Bürger den Eindruck hätten, der Staat wolle sich auf ihre Kosten entlasten und bei der eigenen Verwaltung nichts sparen. Und dann sei auch die Kampagne (mit Federführung bei FDP und Gewerbeverband) viel zu lau gewesen.

Kritik an Rolle der SVP

Da müssten sich die Bürgerlichen an der Nase nehmen, gesteht Maya Bally ein, Präsidentin der BDP-Grossratsfraktion. Man habe sich offensichtlich in einer falschen Sicherheit gewährt und sei zu selbstverständlich davon ausgegangen, dass der im Parlament breit abgestützte Kompromiss auch vom Stimmvolk getragen würde. Bally sieht im bürgerlichen Lager allerdings sehr wohl die SVP in einer besonderen Verantwortung: Es sei inkonsequent von ihr gewesen, etwa für Einsparungen bei der Bildung einzustehen und einen höheren Vermögensverzehr bei den Rentnern zu bekämpfen.



Connie Fauver (ganz rechts) verteilt in Baden mit ihren Mitstreiterinnen rote Infotaschen zum Equal Pay Day. ZVG

Bundesrat vertröstet auf 2016

Rost am AKW Beznau: Bericht lässt auf sich warten

2009 wurden am Fuss der Reaktor-schutzhülle, am sogenannten Containment des Atomkraftwerks Beznau, rostige Stellen entdeckt. 2010 nahm das eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) erstmals dazu Stellung. Wie gefährlich die Rostschäden sind, ist aber auch heute noch unklar.

Auf eine Frage des Aargauer SP-Nationalrats Max Chopard hin hat der Bundesrat gestern einen Bericht des Ensi auf 2016 in Aussicht gestellt. Zudem

hält der Bundesrat fest, das Kernkraftwerk habe Massnahmen ergriffen, um Rostschäden zu stoppen oder zumindest zu verlangsamen. Konkret nennt die Regierung ein Korrosionsschutzsystem und Trocknungsmaßnahmen.

Chopard, der schon 2013 zwei Vorstösse dazu eingereicht hatte, ist unzufrieden: «Es kann doch nicht sein, dass der aktualisierte Bericht des Ensi zu den Rostschäden beim AKW Beznau erst fünf Jahre nach der ersten Messung

vorliegt» Chopard gibt zu bedenken, dass es sich beim Containment um das wichtigste Schutzelement des Kraftwerks handle. «Ich kann mir drei mögliche Gründe für die Verzögerung vorstellen: Entweder fehlt beim Ensi die Kapazität, oder man nimmt die Rostschäden nicht ernst, oder die Sache ist so heikel, dass man den Bericht dazu nicht veröffentlichen will - alle drei Möglichkeiten sind denklich», kritisiert der SP-Nationalrat. (FH)